

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

240 (21.10.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 327 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“.</p>	<p>Angaben: Die sechsspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restamen 60 Pfg. Totalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: Dr. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wähler; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>	

* Stimmungsmache für den Revolutionsgedanken.

So oft eine Revolution ausbricht, ist die sozialdemokratische Presse voll Lob für die Revolutionäre. Auch die Blätter der Revisionisten machen absolut keine Ausnahme, denn über Verhältnisse in Spanien, Portugal brauchen sie ja kein Blatt vor den Mund zu nehmen; über diese können sie offen sprechen und schreiben, besonders so weit sie auf dem Standpunkt des Großblocks steht, durchaus mit dem Revolutionsgedanken in jenen Ländern sympathisiert und dies fast tagtäglich ausdrückt. Die revisionistischen Blätter überlegen sich dabei gewöhnlich nicht, wie ein denkender Mensch daraus seine Schlüsse zieht, daß die Sozialdemokratie sich als Freundin jeder Revolution gebildet, so sorgsam auch der Revisionismus seine revolutionären Ziele im eigenen Lande zu verwirklichen strebt. Seine Anhänger verstehen ihn ja und das genügt. Und die Maskierung des revolutionären Charakters durch Reichenbitterallüren, durch Sojagänge, durch Teilnahme sozialdemokratischer Bürgermeister mit Hülfsorden und Kette bei patriotischen Kundgebungen zur ihren Dienst gegenüber jenen gutmütigen Leuten, welche im Ernst daran glauben, daß die Sozialdemokratie eigentlich eine ganz harmlose Partei sei, die man nur manieren behandeln müsse, um sie ferner zu machen. Auf diese Weise wird der Revolutionsgedanke unter der Hand populär gemacht. Tagtäglich geht das Lob der Revolutionäre im fernem Land durch die deutsche sozialdemokratische Presse und die liberale Großblock-Presse spielt die Rolle dazu. Ein Fürstentum ist nichts als eine große Lat: Der nichtsnutzige Tyrann des Spätmittelalters hat nichts besseres verdient als den, der die Welt von ihm bereitet hat! Das ist der Tenor, in welchem sozialistische Blätter, ob revisionistisch oder nicht, über getönte Opfer und die Mörder schreiben. Gewöhnlich sind die geordneten oder vertriebenen Fürsten auch noch „Herzöge“, mit welchem Schlagwort die Sozialdemokratie einen ungeheuren Mißbrauch treibt, — ein Freund mehr, warum man es ihnen gönnt und die Läter lobt.

Die Revisionisten spotten ja über die „blutige Noja“, die sie zu anderer Zeit wieder in Schutz nehmen; aber sie horten bloß, weil sie die Revolution so oft und leicht hin erwägen, als sei es ein Spiel, während sie es für eine nicht genug zu überlegende, erste Sache halten, an die man mehr denken müsse, als daß man viel von ihr redet; zumal ja die Simplizismus-Erziehung im deutschen Volk immer mehr überhand nimmt und alle Autoritäten mit einem Witz und plumper Satire so herunterreißt, daß es kein Wunder ist, wenn der Simplizismus und seine geistigen Arabanten ihre besten Freunde in der Sozialdemokratie und im Linksliberalismus haben.

Das Ganze ist eine bedenkliche Stimmungsmache für den revolutionären Gedanken. Man gewöhnt auf diese Weise die Massen daran, zu denken, daß die Revolution, die Vertreibung von Monarchen etc. ganz natürliche Dinge sind, die auch, wenn die Geister frei sind, bei uns eintreten müssen. Ganz in diesem Sinn schreibt der revisionistische „Volksfreund“ reichlich unlogisch und verwirrt, aber vom Standpunkt des Stimmungsmachers für den revolutionären Gedanken durchaus konsequent, in seiner Nr. 244 vom 19. Oktober:

„Revolutionen werden nicht willkürlich gemacht, sondern sie sind das notwendige Produkt geschichtlicher Entwicklungen. Sie kommen nicht, weil sie gewünscht werden, sondern weil sie kommen müssen. Die portugiesische Revolution ist nicht das Werk der „Umstürzler“, sondern in der Hauptsache das Werk des Merkantilismus.... Die Institution der Monarchie wird wie alles in der Welt, der geschichtlichen Entwicklung ihren Tribut zahlen müssen, in dem einen Lande früher, in dem anderen später. Von diesem Schicksal wird sie weder die Kirche noch eine neue heilige Allianz bewahren, ganz im Gegenteil. Sie hartnäckiger sich die Monarchie der Entwicklung zur Demokratie entgegenstellt, desto mehr gefährdet sie ihre Existenz, desto schneller geht sie ihrem Ende entgegen. Die von den Pfaffen ausgehende Idee des „Gottesgnadenstums“ ist tot und sie wird nie wieder lebendig. Heute aber wissen die Völker, daß die Monarchie ihre Existenz von Volkes- und nicht von Gottes-Gnaden freisetzt und keine Macht, am allerwenigsten die so viel gerühmte göttliche Macht, kann die monarchische Institution halten, wenn ihre Zeit abgelaufen ist.“

„Je nachdem man Leute vor sich hat, kann man ja auch einmal offen reden und auch davon sprechen, daß man gelegentlich auch einmal in Deutschland „auf die Straße gehen“ und das „Recht auf die Straße“ proklamieren könne, um dort einmal „Lustig zu reden“. Radikale Weiber machen sich nichts daraus, das, was Revisionisten nur sehr abenuehren, auch einmal deutlich herauszusagen. Eine Rede gehalten, in der sie u. a. ausführte: „Sitten die Liberalen im Jahre 1848, wo sie die Macht hatten und wo selbst der König von Preußen vor den auf den Barricaden gefallenen Arbeitern das Haupt enthielt, dieses auserwählte Instrument des Herrn ja,

wie wirs jetzt in Portugal gesehen haben, über Bord geworfen und die Republik proklamiert, so brauchen wir heute nicht um die elementarsten politischen Rechte zu kämpfen, und wir hätten es nicht nötig, so freche Provokationen wie die jüngste Kaiserrede, zu hören.“

So predigt es tagtäglich aus den sozialdemokratischen Blättern heraus an die Massen. Die Pfaffen des historischen Materialismus hegen diese Theorie der Vergänglichkeit der Monarchie aus, um sie von ihren papierenen Kanzeln aus zu verkleiden. Und daß diese Lehren nicht ohne Erfolg vorgetragen werden, zeigt das tägliche Leben. Es sind bemerkenswerte verhältnismäßig unbedeutende, aber doch Symptome, wenn z. B. in der „Deutschen Reichspost“ jemand erzählt: „Einmischer hatte Gelegenheit, am 6. Oktober folgendes in aller Ungeniertheit vor allen Reisenden vor den Toren von Karlsruhe geführtes Eisenbahngespräch anzuhören: „Der König von Portugal ist gefangen und abgesetzt. So gehört's allen gemacht und ihr Geld verteilt, daß die Arbeiter auch was kriegen.“ Der das sprach, war kein Berliner Radikaler, sondern ein unverfälschter Revisionist.“ Der „Wälder Bote“ macht dazu die Bemerkung: „In Heidelberg konnte man, als die Meldung von dem Umsturz in Portugal eintraf, ähnliche Wahrnehmungen machen. Wie man uns erzählt, sprachen in einer größeren Fabrik die „Revisionisten“ offen ihre Verwunderung darüber aus, daß es in Deutschland immer noch nicht zum Löschen komme. „Jedes Jahr kämen doch Tausende von sozialdemokratischen Rekruten in die Regimenter; mindestens die Hälfte des Heeres besteuere aus Sozialdemokraten. Da könnte es, wenn es losgehe, so wenig fehlen wie in Portugal!“ — Das ist der Geist, von dem unsere „Revisionisten“ erfüllt sind. Für die Nationalliberalen ist das kein Geheimnis; aber trotzdem fährt man fort, Regierung und Volk durch die Lüge von der Mauerung der Sozialdemokratie zur Staatsverfallenden Arbeiterpartei in verberbernde Siderheit zu wiegen.“

„Wer heute in liberalen Beamtenkreisen bis hoch hinauf sich erkennt und den jungliberalen Beamten in intimen Kreisen kennt, der weiß, daß das, was der „Volksfreund“ über die Entwicklung und ihre Notwendigkeit schreibt, dort dasselbe Evangelium ist, wie in sozialistischen Arbeiterkreisen. Von der Entwicklung erwartet man alles; gegen sie ist nichts zu machen. Daher auch die Leichtigkeit, mit der man sich dem Großblock anschließt. Heute hält man noch patriotische Reden auf den Landesfürsten und macht mit Hülfsorden und Trakt patriotische Feste mit „Sahrt“, „Gott“ und „Gloria“, spricht fast gerührt von der Anhänglichkeit der Bevölkerung an das angestammte Fürstentum; morgen ist man bereit, ebenso „überzeugt“ Gott die Republik zu rufen. Entwicklung ist alles! Und es gibt Leute, die das alles ernst nehmen und ganz vergessen, daß die Feste gefeiert werden wie sie fallen — auch die patriotischen.“

Auch andere Symptome sind dafür vorhanden, daß der Revolutionsgedanke populärer geworden ist durch die Stimmungsmache für denselben. So schreibt u. B. die „Germania“ Nr. 242 1. Blatt mit Recht unter der Ueberschrift „Moabit macht Schule“:

„Wie gestern aus Köln gemeldet wurde, ist zurzeit die Gegend um Hosen für Schulleute, die dort Dienst tun müssen, außerordentlich gefährlich. Es begibt sich kein Tag, an dem Schulleute nicht von roten Würstchen mißhandelt und bedroht werden. Von einem 30-jährigen Wurstler wieder ein Schulmann, von diesem angegriffen und an der Gurgel gefaßt. Die Genossen des Wurstlers eilten herbei und schlugen auf den Schulmann ein. Einem zweiten Schulmann wurde durch die Notte ebenfalls übel mitgespielt. Als ein dritter Schulmann eintraf, konnte der Wurstler abgeführt werden. Das Publikum egriff für den Verhafteten Partei und versuchte, ihn der Polizei zu entreißen. Auf dem Katharinengraben wurde dann mit Mülleimern und aus den Fenstern mit Blumen, Töpfen, Flaschen, Weisheit, Eisenstücken usw. auf die Schulleute geworfen, während viele der Wurstler nach den Beamten mit Säcken schlugen und Frauenpersonen ihnen die Gesichter zertraxen. Nur mit der blauen Waffe konnten die bedrängten Beamten sich ihre Wege greifen vom Leibe halten. Dazu kommen heute Nachrichten über Straßentrümpfe in Bremen, die sich dort geschehen im Anschluß an den Straßenbahnstreik abgelesen haben. Von einem Reibau wurden Steine und Wurstgeschosse geschleudert und 150 bis 180 Straßentrottern zertrümmert. Auch auf die Schulmannschaft wurden Steine geworfen, ein Schulmann wurde durch einen Steinwurf am Kopfe schwer verletzt. Heute morgen war die ganze Nordstraße mit fauligen Steinen überlagert. Beim Jurisdiktoren der Menge fielen wiederholt Revolvergeschosse auf Seiten der Demonstranten, in vielen Geschäftsbauern wurden die Fenster zertrümpelt. Es wurden elf Verhaftungen vorgenommen. — Man sieht: Moabit macht Schule.“

Die Straßendemonstrationen in Karlsruhe anläßlich der Beurteilung eines nicht geänderten Wörders vor 3 Jahren sind noch in guter Erinnerung. Seither hat die Stimmungsmache für die Revolution und der antimonarchische Gedanke sehr zugenommen. Auch liberalen Blättern wird es in letzter Zeit zu stark. So schreibt der „Schwab. Merkur“ Nr. 481:

Quousque tandem!
Die Sprache, die sich die Sozialdemokratie gegenwärtig erlaubt, ist in hohem Grade bezeichnend für die politische Lage. Der Ruf nach der Republik wird immer unerbittlicher in die Massen hineingetragen und ganz offen wird von der gewalttätigen Revolution gesprochen. Und bei allen diesen maßlosen Herausforderungen gefüllt man sich in der heuchlerischen Bedeckung, als ob auf der anderen Seite ein „Vorwand“ gesucht werde, um ein Ausnahmerecht schaffen zu können. Wer schafft denn mehr Ausnahmerecht, als die Feyer und Exterminen, die die Massen auf die Straße drängen. Im übrigen würde gegen solche Ausschreitungen das ordentliche Gesetz vollständig genügen. Der schärfste Protest muß eingelegt werden gegen die Volksaufwiegelung, die sich Noja Luxemburg nun auch in Stuttgart zu schulden kommen ließ. Herausforderungen, wie sie in dem anmahnenden Urteil über die Kaiserrede liegen, sollten auch dem beschriebenen Menschen die Augen darüber öffnen, daß die bürgerlichen Parteien in keine Verbindung mit der Sozialdemokratie kommen dürfen.“

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß es ein jüdisches nationalliberales Blatt ist, das von den „verdorbenen“ Menschen spricht, welche mit der Sozialdemokratie zusammen Politik machen. Es läßt sich ja nicht leugnen, daß der Großblock zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten dem revolutionären Gedanken und dem Ruf nach der Republik mehr Vorstoß leistet, als irgend etwas anderes. Der Großblock ist und bleibt die Brücke hinüber zum Radikalismus; er hat den stärksten Stimmungswert für Volksstimulierung der revolutionären Idee. Und Baden hat das zweifelhafte Glück, hierin wieder einmal Musterstaat zu sein.

Deutschland.

Berlin, 21. Oktober 1910.

Die Interessengemeinschaft der großen Detailhandelsverbände Deutschlands erklärt zur Reichsversicherungsordnung: 1. Die Errichtung von Versicherungsämtern in der Form, in welcher sie in der dem Reichstage zugegangenen Vorlage vorgeschlagen wird, ist im Hinblick auf die außerordentlichen Kosten, die dadurch entstehen, abzulehnen; 2. die Aufstellung der Beiträge zur Krankenversicherung ist zu verwerfen im Hinblick auf die großen Kosten, die dadurch für die kleinen und mittleren Unternehmer sich ergeben würden; 3. die Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle in kaufmännischen Betrieben beschäftigten Angehörigen ist geboten. Ebenso ist die Errichtung einer besonderen Berufsgenossenschaft für den Detailhandel erforderlich. Eine klare Abgrenzung zwischen den kaufmännischen Betrieben, die der Unfallversicherung unterliegen sollen, und den nichtversicherungspflichtigen ist wünschenswert; 4. bei der Einführung der Witwen- und Waisenversicherung ist unbedingt daran festzuhalten, daß die Witwenfürsorge nur den erwerbsunfähigen Witwen zuteil wird; 5. die Bestimmungen, daß bei Personen, die einer freien Hilfskasse angehören, der Arbeitgeber verpflichtet sein soll, einen Beitragsanteil an die Zwangskasse zu zahlen, ist zu verwerfen.“ Diesen fünf Wünschen des kaufmännischen Mittelstandes ist im allgemeinen durch den Beschluß der 1. Lesung Rechnung getragen worden.

Die reichsliberale Verfassung. Den vielfachen Mitteilungen über den Stand der Verfassungsreform gegenüber können wir feststellen: Einflußreich werden alle Schritte, die in der Verfassungsreform zu unternehmen sind, vom Reichsamt des Innern getrieben, das dabei in voller Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler und dem kaiserlichen Statthalter Grafen von Wedel handelt. Zunächst liegt der Verfassungsentwurf, sowie der Wahlrechtsentwurf im preussischen Staatsministerium, das mit seiner Durchberatung noch keineswegs fertig ist. Daß der Staatssekretär des Innern inzwischen mit einigen größeren Bundesstaaten, d. h. ihren Berliner Bevollmächtigten, unverbändliche Verhandlungen nehmen wird, kann man nach den bei der Vorbereitung von Reichsgeboten üblichen Gepflogenheiten annehmen. Endgültige Mitteilungen an die Bundesregierungen lassen sich aber auf keinen Fall früher machen, als bis das Staatsministerium die Entwürfe gut geheißen hat. Was jetzt sind, so weit sich feststellen läßt, nennenswerte Einwände gegen die Fassung der Entwürfe im Ministerium nicht erhoben worden. Auch dürften die größten Schwierigkeiten weniger von der preussischen oder den Bundesstaatlischen Regierungen drohen, als vielmehr vom Reichstag. Ob der Bundesrat der Reichsländer in allen Teilen zustimmen wird, ist mehr als zweifelhaft; die süddeutschen Staaten namentlich werden sehr erhebliche Bedenken vorzubringen haben, besonders in der Wahlrechtsfrage. Württemberg, Baden und Bayern können doch den benachbarten Reichsländern nicht weniger geben, als was sie selbst bereits besitzen. Preußen aber will von der Einführung des Reichstagswahlrechtes nichts wissen und so kann der ganze Anlauf schon im Bundesrat scheitern. Es mehren sich auch Stimmen im Reichslande, die eher alles ablehnen wollen, als jetzt eine ungenügende Hilfsanzahlung anzunehmen.

Kulturkampf betr. Ein beachtenswertes Geständnis legten die „Münd. N. Nachr.“ in Nr. 479 in einer Reklamenotiz für den deutschen Monistenbund ab. Wir lesen da: „Deutscher Monistenbund, Ortsgruppe München. Der bekannte Ethiker und Soziologe Dr. S. Unold wird am Freitag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Spiegelsaal des „Bayerischen Hofes“ sprechen über „Kirche und Staat im Lichte der Entwicklungslehre“. Dieses Thema wird gerade in unseren Tagen des Kulturkampfes lebhaftes Interesse hervorrufen.“ Dieses Wort vom Kulturkampf, in dem wir stehen, ist ein Beweis dafür, wie unaufrichtig die liberale Presse ist, wenn sie mit Ueberlegung handelt; denn dann will sie nichts davon wissen, daß wir in einem Kulturkampf stehen. Hier ist dem Mündener Blatt aber, ohne daß es daran dachte, die Wahrheit entfahren. Man wird sich's merken.

Berlin auf dem Wege zu ausschließlich sozialdemokratischer Vertretung. Für Berlin I soll die demokratische Vereinigung den Obersten J. D. Gädke als Kandidaten aufgestellt haben. Wenn damit für alle Linksliberalen der Kandidat aufgestellt ist, darf man den Wahlkreis von vornherein als verloren an die Sozialdemokratie betrachten. Zugunsten einer Kandidatur Gädke werden die konservativen Kreise kaum den zum Erfolge nötigen Wahlergebnis beifanden.

Portugiesisch-revolutionäre Lügenfabrik. Unter diesem Titel veröffentlicht die „Germania“ (Nr. 241 vom 19. Okt.) einen trefflichen Artikel, dessen einzelne Schilderungen mit den Ermittlungen der C. A. vollauf übereinstimmen. Danach sind die Mitteilungen über angebliche Gewalttaten der Ordensleute, besonders der Jesuiten, in Lissabon während der Revolution verleumdende Erfindungen. Die Revolutionäre hatten auf mehrere Häuser den Straßennob und befreite Sträflinge losgelassen, die dann die Klöster benutzten, um Menschen zu schänden, an Altären und am heiligsten Altarort schandhafte Sakrilegien begangen und die wirklichen oder vermeintlichen königstreuen Bürger aus den Fenstern mit Schüssen und Bomben bekämpften. Aus dem Jesuitenloster Quellas hatte man die Patres vorher weggeschleppt. In dem gewöhnlich „Herikalen“ Pariser „Journal“ werden diese Schilderungen von dem nichts weniger als „Herikalen“ Berichterstatter Raudean bekräftigt. Raudean erklärt auch, daß die revolutionäre Regierung in Lissabon nicht die geringste telegraphische Mitteilung passieren lasse, die mit ihren eigenen Darstellungen nicht übereinstimmt. Unsere sozialdemokratischen Blätter helfen den portugiesischen Revolutionären lügen, sie sind ja aus demselben Holz.

Eine Blüte des Kolonialaffektiosismus. Der „Volksz.“ wird geschrieben: Die Herren Regierungsbeamten in unseren Kolonien haben den Drang, die Fortschritte der preussischen Kultur mit Macht den Eingeborenen zugänglich zu machen und Zeichen ihrer Regierungstätigkeit zu geben. So hat man in Kaiser Wilhelm-Land (Neuguinea) in der Nähe einer Missionsstation über einen kleinen Fluß mit größeren Mitteln eine breite Holzbrücke geschlagen und an den Brückensäulen Tafeln mit folgender Aufschrift hingestellt: „Schritt!“ Uebertretungen dieser Vorschrift werden mit 10 Mark Strafe geahndet.“ Man vergewaltigt sich, daß 20 Kilometer im Umkreise von dieser Brücke kein fahrbarer Weg existiert. Wagen im Innern überhaupt unbekannt sind. Für Wagen kann diese Vorschrift also nicht gelten. Weiben außer zwei weißen Missionaren die Papuas übrig, die noch nie anders als ganz langsame Schritt gegangen sind, im übrigen aber weder Deutsch lesen können, noch 10 Mark besitzen.

Reichstagswahlen und Wahlparole. Die „National-Zeitung“ erhält aus Bundesratskreisen folgende Mitteilung: „Die Presse beschäftigt sich seit einiger Zeit mit dem Termin der neuen Reichstagswahlen. Vielfach wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß eine Auflösung des Reichstages im Spätsommer des nächsten Jahres stattfinden werde. In maßgebenden Kreisen habe man die Reichstagsauflösung überhaupt noch nicht erörtert, da eine Veranlassung hierzu nicht vorliege. Der Reichskanzler verfolge die Ereignisse mit gespanntem Interesse, wenn er es auch bisher noch nicht für richtig gehalten habe, aus seiner Reserve herauszutreten. Die nächste Reichstagsabstimmung wird aber den Beweis erbringen, daß er sich nicht scheut, die Sammlung der bürgerlichen Parteien selbst in die Hand zu nehmen und wo es nötig ist, an die Spitze zu treten. Der Kaiser ist von den Plänen des Reichskanzlers aus genauester unterrichtet und billigt sie. Selbstverständlich weiß der Reichskanzler, daß mit einer wesentlichen Erhöhung der sozialdemokratischen Mandatziffer in der nächsten Legislaturperiode gerechnet werden muß. Das ist aber absolut noch kein Grund, trübe in die Zukunft zu sehen. Wenn die sozialdemokratische Partei in den nationalen Lebensfragen ihren ablehnenden Standpunkt nicht verläßt und die Bewilligung zum Ausbau unserer Wehrmacht zu Wasser und zu Lande zu verhindern suchen wird, so wird die Regierung eben diese nationale Existenzfrage zur Wahlparole für Neuwahlen machen.“ Der letzte Satz mutet etwas eigenartig an: Wenn

die Sozialdemokratie ihren in nationalen Fragen unzuverlässigen Standpunkt nicht verläßt, dann wird man die nationale Frage zur Wahlparole machen. Das sagt voraus, daß man einige Hoffnung darauf hat, die Sozialdemokratie werde in nationalen Fragen Vermittler annehmen. Worauf gründet sich diese Hoffnung? Auf den badijschen Großblock? Und was für eine Parole will man ausgeben, wenn die Sozialdemokratie sich bereit erklärt, nationale Forderungen zu billigen? Die Meldung der „National-Zeitung“ scheint nicht dazu bestimmt, größere Klarheit in die innerpolitische Situation im deutschen Reich zu bringen.

Ausland.

Italien.

Die Verunglimpfung des Papsttums durch den römischen Bloßhändler Nathan hat bekanntlich schon eine ganze Reihe von Einsprüchen von israelitischer Seite hervorgerufen. Jetzt schließt sich die große englische Neuze „The Jewish Chronicle“ an unter der Ueberschrift: Die Indiskretion eines Bürgermeisters! Die Neuze schreibt:

„Daß ein Jude, nämlich Herr Nathan, das Amt eines Bürgermeisters von Rom bestiehe, ist für seine Klasse in der ganzen Welt eine Ursache des Stozes. Es war uns angenehm, ein Glied des jüdischen Volkes an der Spitze der Gemeindevorwaltung der ewigen Stadt zu sehen. Aber diese Freude wurde uns verboden, als wir erfuhr, daß Nathan Herr Nathan eine unglückselige Indiskretion begangen hatte. Als er aus Anlaß der 40jährigen Gedenkfeier der Einnahme Roms eine Rede hielt, ließ er sich zu einem heiligen Ausfall gegen den römisch-katholischen Glauben hinreißen, und es kann nicht wundernehmen, daß diese Ausdrucksweise sofort den Einspruch des Vatikan hervorgerufen hat. Der Papst hat an den Kardinalvikar ein Schreiben gerichtet, in dem er in kräftigen Worten gegen die Rede des Bürgermeisters Protest erhebt und sich an die Katholiken wendet, um ihre Aufmerksamkeit auf die ihrer Religion zugefügte Schmach und die näheren Umstände zu lenken. Eines der bedeutendsten Blätter in Rom hat die Verurteilung der Entehrung des Papstes bekräftigt. Nathan hat darauf an die Zeitungen eine Erwidrerung auf den Brief des Papstes geschickt, aber diese Erwidrerung ist ebenso unpassend wie die Rede. Der Bürgermeister — sagt der Korrespondent der „Times“ — zieht einen Vergleich zwischen der Religion des Herrn X. und seiner eigenen, den er zu seinem Vorteil wendet. Alles, was wir dazu sagen können, ist, die Nichtigkeit der angeführten Zeitungsnachrichten voranzusetzen, daß der Einbruch sich einer bei seiner Stellung verblühenden Dummheit schuldig gemacht hat. Wir setzen auf dem Standpunkte, daß die Fete eines Ereignisses, wie die Besetzung Roms, unpolitisch und unnützlich ist; sie kann nur bittere Erinnerungen wachrufen und verhasste Wunden wieder aufreißen. Die weltliche Herrschaft des Papstes ist vorüber. Welchen Vorteil kann es bringen, den Papst ostentativ an die Tatsache zu erinnern? Und wenn schon die Gedächtnisfeier an und für sich unangebracht ist, so ist die Rede, in der ein Nichtswärter die politische Religion angegriffen hat, einer von jenen Fehldern, die wahrhaft zu beklagen sind. Der Papst gilt nicht als Feind der Juden, und diese behaupten in Italien eine so geübte Stellung, daß einer von ihnen gegenwärtig sogar Ministerpräsident ist. Die jüdisch-christlichen Beziehungen durch eine Rede zu gefährden, für die Nation vielleicht entschuldigt werden könnte, wenn er seine Eigenheit als Einbaas abgelegt hätte, erscheint uns als Zeichen einer unglücklichen Torheit.“

Frankreich.

○ Freiheit der religiösen Uebersetzung betr. Da ein Priester der Diözese Grenoble, Abbe Carriet, kürzlich zu einer Gedächtnis-Unterredung wurde, weil er den Katechismus-Unterricht zur Erörterung geschichtlicher Vorgänge der Vergangenheit und Gegenwart benutzte, beschloß der Bischof von Grenoble, Mgr. Henry, den Schulkindern die erste Unterrichtsstunde im Katechismus heute in der Kathedrale zu erteilen, um dabei auch auf das Gebiet der Geschichte überzugreifen. Der Bischof erklärte einem Berichterstatter, er tue dies, um die Frage der Freiheit des Unterrichts vor die öffentliche Meinung zu bringen.

× Zum Eisenbahnerstreik in Frankreich. Der Londoner Ausschuß der Eisenbahner hat gegen den Beschluß des Pariser Ausständekomitees, betr. die Wiederaufnahme der Arbeit, heftigen Einspruch erhoben und in einem Aufruf erklärt, daß die Eisenbahner sich durch einen solchen Verrat nicht enttun lassen würden. — In Reims wurden zwei mit der Ueberwachung des Güterbahnhofes betraute Soldaten dabei ertappt, als sie einen Champagnerkorb öffneten und mehrere Flaschen in ihre Tornister steckten. Sie wurden verhaftet und werden vor das Kriegsgericht gestellt werden. — Im Zusammenhang mit der Eisenbahn-Jobotsage wurden in dem Bureau eines anarchischen Blattes sowie bei mehreren Anarchisten Hausdurchsuchungen vorgenommen. Ein Anarchist wurde verhaftet.

London, 20. Okt. Im Arsenal sind in den Schutzhäusern mehrerer Arbeiter, die für den Eisenbahnerausstand Propaganda gemacht hatten, Nachsuchungen vorgenommen worden, die zur Beschlagnahme einer Anzahl anarchischer Schriften und sowie von Communiqués der Confédération du Travail und des Streikauschusses, betreffend Organisation des Solidaritätsstreiks, führten.

Paris, 20. Okt. Die Zahl der ausländigen Elektriker betrug heute für Paris 700, die Zahl der ausländigen Maurer 3500.

Vordeaux, 20. Okt. Die Lokomotivführer und Heizer der französischen Südbahn haben beschlossen, den Ausstand fortzusetzen. Sie hoffen dabei, den allgemeinen Ausstand auf allen Bahnlagen wieder ins Leben zu rufen.

Paris, 20. Okt. Bei einem Patrouillengang auf der Eisenbahnstrecke nach Ghantilly wurden in der vergangenen Nacht ein Hauptmann und ein Unteroffizier von Ausständigen beschossen. Eine Kugel rief dem Offizier den Mantelbogen vom Gasse. Die Täter entkamen in der Dunkelheit. — Auf der Linie Pontotie schoß nachts ein Militärposten auf zwei sich dem Bahnkörper nähernde Individuen, die beide flüchteten.

Spanien.

□ Spanien und Marokko. Gegenüber den Erklärungen des Ministerpräsidenten Canalejas wird in einer ansehenden offiziellen Mitteilung mehrerer Pariser Blätter die Behauptung aufrecht erhalten, daß die spanische Regierung den Wahagen mit einer militärischen Expedition bedrohe, falls er ihre Forderungen, insbesondere die der Kriegsentfesselung, nicht bewilligen sollte. „Siebel“ schreibt: Da Marokko außer Stande ist, diese Forderungen unangenehm zu erfüllen, so zahlen und da die Forderungen Spaniens mit den Rechten der fremden Mächte unvereinbar sind, so ist

die Lage sehr ernst. Das „Journal des Debats“ spricht die Hoffnung aus, daß die spanische Regierung es zuwege bringen werde, den unbesonnenen Eifer „ihrer“ Marokkaner zu dämpfen, wie es seinerzeit den französischen Ministern Briand und Pichon bei „ihren“ Marokkanern gelungen sei.

Paris, 20. Okt. Auch der „Clair“ beschäftigt sich mit der spanisch-marokkanischen Politik und fragt: Wird die spanische Monarchie aus Furcht vor der ansteigenden Wirkung der Bissboner Revolution auf die republikanische Propaganda in Spanien etwa in Afrika eine Ableitung und Rettung suchen wollen? Hoffentlich werden die Vorstellungen des französischen Botschafters in Madrid noch rechtzeitig erfolgen, um die kriegerischen Rätegeber des Königs Alfonso noch rechtzeitig von einem neuen marokkanischen Abenteuer zurückzuhalten.

+ Ueber die spanisch-marokkanischen Verhandlungen — so wird vom 20. d. M. aus Paris gemeldet — hatte der Madrider Berichterstatter des „Matin“ eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Canalejas, der u. a. sagte: „Die Verhandlungen dauern fort. El Mokri legt sogar Wert darauf, daß sie noch vor Ablauf dieses Monats beendet seien, da er bald nach Marokko zurückkehren möchte. Die Verhandlungen nehmen einen langsamen Verlauf, weil die marokkanische Diplomatie niemals große Eile hat. Frankreich weiß davon etwas zu erzählen. Wir sind im Begriff, die von El Mokri mündlich gemachten Zugeständnisse in einem Protokoll schriftlich niederzulegen, und die Vertreter Spaniens und Marokkos sollen in 3-4 Tagen zusammentreten, um dieses Protokoll zu unterzeichnen. Offenbar hat dieser Ausschub das falsche Gerücht hervorgerufen, daß die Verhandlungen abgebrochen seien. Ich glaube, daß die Verhandlungen ohne Schwierigkeiten ihren Fortgang nehmen werden. Ich selbst werde im gegebenen Augenblick in den Cortes meine Ansicht über die marokkanische Frage vorlegen.“

Portugal.

× Republikanischer Fest. Für den 30. Oktober ist aus Anlaß der Umnennung des Kreuzers „Don Carlos“ in „Candida Reis“ ein großes Flottenfest in Aussicht genommen. So etwas ist natürlich sehr wichtig für das Volkswohl in einer neu gegründeten Republik, deren Finanzen so glänzend stehen, wie die Portugals. Zu gleicher Zeit wird gemeldet: Der Direktor der staatlichen Münze hat sich erkümmert, nachdem er aufgefunden worden war, vor dem Untersuchungsrichter zu erscheinen und über seine Verwaltung Rechenschaft abzulegen.

Griechenland.

Das neue griechische Kabinett. Nachdem der König die von Venizelos genehmigte Ministerliste angenommen hat, erfolgte am 19. d. im Palaste die Vereidigung des Kabinetts. Es ist wie folgt zusammengesetzt: Venizelos Ministerpräsident, der frühere Oberste in Washington Borrmilas wird Kriegs- und Marineminister, der bisherige Minister des Inneren Repulis wird Finanzminister, Justiz erhält Dimitra Populos, Kultusminister ist Alexandris.

Serbien.

× Supstina. Nachdem der Präsident ermächtigt worden war, dem König die einmütige schmerzhafte Teilnahme der Supstina anlässlich der Erkrankung des Kronprinzen anzusprechen, brachten Rowakowitsch und Liberatsch eine Interpellation ein wegen der Verletzung von serbischen Wagnpersonal in der Türkei, die der Minister des Äußeren sich bereit erklärte, morgen zu beantworten.

England.

Englands Flottenpolitik. Der Erste Lord der Admiralität, Mr. Stennan, bezeichnet es in seiner Rede, die er in North Woking hielt, als nicht ausgeschlossen, daß England mit seiner Flotte und seiner Seemacht im Hintertreffen gerate. Dennoch könne er einer 100 Millionen-Anleihe für solche Zwecke, die von zahlreichen Offizieren gefordert werde, nicht zustimmen. Derartige Bedürfnisse müßten aus den ordentlichen Einnahmen gedeckt werden. Es wäre das erste Zeichen des Verfalls, wenn die Flotte nicht mehr aus den jährlichen Einnahmen bezahlt werden könnte.

Barbarei bestrafet vom Liberalismus und Evangelischen Bund.

In Portugal wurde bekanntlich von dem revolutionären Kumpelpad — auch Revolutionäre können anständige Männer sein, die Portugiesen sind es aber nicht — die Ordensleute vertrieben, ohne jede Rücksicht darauf, ob sie charitative Tätigkeiten ausübten oder nicht. Eine geborene Regensburgerin, die sich schon 26 Jahre in Portugal als Klosterfrau aufhielt, schreibt in einem Brief, den der „Regensburger Anzeiger“ veröffentlicht, u. a.: „Dieser Orden hat zahlreiche Niederlassungen für Erziehungszwecke, Armenschulen, Blinden- und Taubstummenanstalten, ein Institut in Sacramento, ein Internat für kleine Knaben in Salvador, ferner das Blindenheim in Cardeos, ein Dispensario (Gesundheitsamt), ein Madonnenheim in Braga. Ueberall spendeten sie Wohlthaten jeder Art. Was ist nun der Lohn! Die Portugiesen sind mehrheitlich ein armes Volk. In den letzten Tagen der Brief ist datiert vom 10. Okt.) berief ich mich auf diese Aufregung. Alles verlief den Kopf. Wir müssen in 24 Stunden uns zerlagern. Die Schwestern ohne Familie, ohne Geld, ohne Heim. 300 arme Klosterfrauen wurden am Freitag und Samstag überfallen. Ueberall dringt man ein, nimmt sie gefangen. Alle unsere Schwestern von Cardeos (Blindenheim) wurden gestern ins Arsenal geführt. Schwester A. mit zwei Säuglingskinder, obwohl in weltlicher Kleidung, wurde auf ihrer Reise in Lissabon verhaftet. Alle Religiosen (Ordensleute) auf Kriegsschiffe transportiert, Kloster ganz niedergebrannt wie in Lissabon. Hier im Hause eine unbeschreibliche Verwirrung. Ich wollte zum Ende ausgehen, aber ich glaube, ich muß auch fliehen. Wohin, weiß ich nicht. Du wirst wieder von mir hören. (Zwischen ist die Briefschreiberin geflohen und auf der Reise nach Regensburg begriffen.) Es ist schamhaft, wie es ausgeht. Glaube den portugiesischen Zeitungen nicht, es sind ja nur republikanische, die nach dem Auslande telegraphieren. Das „Seculo“ (eine Zeitung) läßt und läßt, so viel es kann. Alles war vorher abgemacht und ist ein graufames Werk der Freimaurerei. Wir haben keine Priester, keine Sakramente mehr.“

Und jetzt lese man, was z. B. das Frankfurter Blatt des ungläubigen liberalen Judentums sich aus

Amsterdam schreiben läßt. In Nr. 290, 1. Morgenblatt, heißt es:

„Unvollkommene Gäste.“

Unter dieser Ueberschrift spricht ein Besidegast, der „Nieuwe Courant“ im Haag, die Befürchtung aus, daß ein Teil der aus Portugal vertriebenen Ordensleute in den Niederlanden eine Zufluchtsstätte finden und, wenigstens in den südlichen Provinzen Nordbrabant und Limburg, auch finden werden. Das Blatt hält zwar die umlaufenden Gerüchte über bereits angeknüpfte Unterhandlungen über den Anlauf von Rändern für verfrüht, ist aber doch angefaßt der Erfahrungen, die man in dieser Hinsicht mit ausgewiesenen französischen Ordensmitgliedern gemacht hat, keineswegs geneigt, diese Gerüchte für bloß in den Wind schlagen dürfen. Jedem welche Bestimmungen gegen die Niederlassungen der Ordensleute in den südlichen Provinzen der Niederlande ist es stets gewesen, das Amt für politische und religiöse Gedankenfreiheit und deren Vertreter gebildet zu haben, man wird es indessen den niederländischen Staatsbürgern schwerlich verargen können, wenn sie sich die Gäste, die von der Gattungslosigkeit Gebrauch machen wollen, etwas näher ansehen und sich namentlich die Frage vorlegen, ob sie, wie die anderen Bürger, auch das Jüdische zur materiellen und geistigen Erhebung des Landes beitragen können. In letztgenannter Hinsicht bedarf es nicht vieler Worte, um den Standpunkt des nicht-italienischen Teils des niederländischen Volkes deutlich zu machen und was die materielle Frage betrifft, so kann man jetzt schon häufig genug Klagen über die sich von Tage zu Tage steigende Zunahme des Grundbesitzes in der teuren Hand vernehmen.

Man höre ferner, was die deutsch-evangelische Korrespondenz schreibt. Im „Schwab. Merkur“ Nr. 487 heißt es unter der Ueberschrift, die auch das jüdische „Berliner Tageblatt“ vor einigen Tagen gebraucht hat, „Vor Zugang wird gewarnt“. Vor unheimlichem Zugang warnt die „Deutsch-evangel. Korrespondenz“ im Hinblick auf die Ereignisse in Portugal. „Weil das mächtige Zentrum in Deutschland der irigen und gefährlichen Meinung ist, daß Deutschland ein besonders geeignetes Objekt für eine zielbewusste Verführung ist, darum muß mit allem Ernst vor Zugang gewarnt werden.“

Der auswärtige Minister von Portugal hat von der französischen, italienischen und spanischen Regierung gleichlautende Mitteilungen erhalten, nach denen die Regierungen die Aufnahme von aus Portugal ausgewiesenen Jesuiten, Mönchen und Nonnen verweigern, soweit es sich nicht um Bürger des betreffenden Landes handelt. Deutschland ist aber, darüber sollte man an entscheidender Stelle keine Zweifel aufkommen lassen, erst recht nicht geeignet, um hier den Rindbüchern zu spielen.“

Das ist weder deutsch, noch evangelisch; dagegen ist es barbarisch. In Portugal jagt man Ordensleute, Männer und Klosterfrauen, die dort Liebes-tätigkeit ausübten, fort, nimmt ihnen ihr Eigentum, ihre Heimat mit Gewalt, und in Deutschland und anderwärts zehren ungläubige Juden, Sozialdemokraten und evangelische Bündler um die Brette, daß man die Abdächtigen, ungerecht Vertriebenen kein Obdach genährt. Der Haß gegen das katholische Ordenswesen läßt nicht nur jede Christenpflicht, sondern selbst die einfachste Menschlichkeit vergessen. Einen Hund, eine Katze läßt man ins Haus herein bei schlechtem Wetter; katholische Ordenspersonen müssen nach dem Recept ungläubiger Journalistischer Juden, Sozialdemokraten und evangelischer Bündler schlechter behandelt werden als Hund und Katze. Welch infernal, unmenschlicher Haß spricht aus solchen Kundgebungen!

Wessen haben sich die deutschen Katholiken zu versehen, wenn diese Elemente einmal hantieren können im deutschen Reich, wie es ihnen wohl! Diese ungläubliche Unmenschlichkeit schändet ebenso den deutschen Namen wie den Namen evangelisch, den sich der Heubund beilegt.

Hier müssen die Katholiken herbeigehen und lernen, wenn sie wissen wollen, wessen diese Elemente gegenüber den Katholiken fähig sind. Prüf über diese Unkultur und Barbarei!

Baden.

Karlsruhe, 21. Oktober 1910.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben gnädig geruht, den Landgerichtsrat Dr. Ernst Bernauer in Mannheim zum Oberlandesgerichtsrat und den Richter Dr. Hermann Glöckner in Mannheim zum Landesrichter dabeit zu ernennen.

Die Uebertragung einer Stelle für Bezirksaufseherbeamte bei der kaiserlichen Oberpostdirektion in Karlsruhe an den Ober-Postinspektor Dr. Orlitzky mit Wirkung vom 1. April 1910 ab hat die Höchstbeherrliche Bestätigung erhalten.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen wurde Betriebsassistent Heinrich Schmid in Oberkirch nach Rappennau versetzt.

Patriotische Schülerfeste und Großblock.

Bekanntlich hat der Oberschulrat anlässlich des silbernen Ehejubiläums des badijschen Großherzogs-paares Schulfeiern verordnet, bei denen die Schüler auf die Bedeutung des Jubiläums aufmerksam gemacht werden sollten. Wir wissen nicht, wie es damit anderwärts gehalten wurde. Von Karlsruhe wird aber bekannt, daß an den höheren Schulen trotz Verordnung des Oberschulrats eine eigentliche Schulfeier nicht abgehalten wurde. Man spricht schon längere Zeit in manchen Kreisen von dieser Unterlassung und führt sie auf Rücksichten zurück, die auf einen der fortschrittlichen Partei angehörenden Direktor genommen wurden. Es wäre für die Deffektivität nicht bloß interessant, sondern auch dringend erwünscht, daß diese Unterlassung in den Karlsruher Schulen eine Aufklärung fände. So wie die Verhältnisse liegen, sehen wir die einzige Erklärung in der Großblockpolitik, die, wie bekannt, bezüglich der Ehrungen des Monarchen schon des öfteren zu recht eigenartigen Vorkommnissen bzw. Unterlassungen geführt hat. Jetzt mag sie sich selbst im Schulbetrieb bemerkbar.

Die „Karlsruher Zeitung“ und der jungliberale Oberamtmann.

Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt unter dem Datum des 14. Oktober:

„In einzelnen Zeitungen wird es als auffällig bezeichnet, daß die „Karlsruher Zeitung“ in ihrer Nr. 277 Ausführungen des Herrn Oberamtmanns Arnberger, die dieser im Karlsruher Nationalliberalen Verein zur Frage der Sammlungspolitik machte, ohne Kommentar abgedruckt hat. Bei dem betreffenden Bericht handelte es sich um eine rein objektive Uebersicht über die einzelnen Reden. Welche Stellung die „Karlsruher Zeitung“ zu der Frage einer bürgerlichen Versöhnungspolitik einnimmt, ist zu dem bereits so klar zum Ausdruck gekommen, daß hier eine besondere Bemerkung der Redaktion überflüssig schien.“

Dazu bemerkt die „Deutsche Reichspost“ Nr. 245:

„Wir können der „Karlsruher Zeitung“ nicht zu stimmen, denn das, was sie als „objektive Uebersicht“ bezeichnet, stimmt mit der von ihr vertretenen „bürgerlichen Versöhnungspolitik“ und dem Vorgehen des Großherzoglich badijschen Oberamtmanns Arnberger nicht überein. Oberamtmann Arnberger „warnt“ laut Bericht der „Bad. Landeszeitg.“ (7. Okt.) in einer national-liberalen Versammlung in Karlsruhe „vor einem Zusammengehen mit den Konservern, die ganz unter dem Junkerregiment stehen!“ Damit hat Oberamtmann Arnberger der von der Regierung genehmigten Versöhnungspolitik der bürgerlichen Parteien den Bescheidungsstempel hingeworfen oder er will damit zeigen, daß er von allem Anfang an diese Versöhnungspolitik nicht ernst genommen hat! Das Gerüchte wäre so schlimm als das Bekhere! Will die „Karlsruher Zeitung“ haben, daß die rechtsstehenden Parteien der von ihr betriebenen Versöhnungspolitik mit vollem Vertrauen gegenüber stehen, dann darf sie nicht solche offene Kriegserklärung eines Großherzoglich badijschen Oberamtmanns wider die Politik der Regierung mit einer rechtsstehenden Männer nachdrücklich stimmen, alzu großen Objektivität behaupten.“

Nehmen wir einmal an, Oberamtmann Arnberger sei statt jungliberal Zentrumsmann — ein Fall, der ja nicht vorformt — und dieser Zentrumsmann Arnberger hätte gesagt: Ich warne die Zentrumswählerschaft davor, mit der Nationalliberalen zusammen zu gehen, weil die Nationalliberalen eingeleitete Kulturkämpfer sind — wer glaubt daran, daß die „Karlsruher Zeitung“ dann mit gleicher „Objektivität“ die Worte des Zentrumsmanns Arnberger behandelt und gebüht hätte? Wie gesagt, den Fall, den wir hier annehmen, den gibt es nicht in Baden, weil ein badijscher Oberamtmann, der für das Zentrum agitiert, beim badijschen System einzuweisen undenkbar ist. Aber die Frage, was die „Karlsruher Zeitung“ in einem solchen Fall tun würde, ist bereits beantwortet. Die „Bad. Landeszeitung“ hat vor einigen Tagen einer Aufschrift aus Schlesien Raum gegeben, welche dahin ging, daß Zentrum werde in Schlesien dem Freimium fünfzig Jahre die Wahlstimme mehr leisten. Und klug bemerkt dazu die „Karlsruher Zeitung“: ein solches Verhalten des Zentrums sei „die denkbar schlechteste Vorbereitung auf die Sammlungspolitik und das denkbar geeignetste Mittel, um dieselbe scheitern zu lassen.“ Warum dem Zentrum diesen Vorwurf machen und den jungliberalen Oberamtmann, der schlechthin vor den Konservern warnt, ungeschoren lassen? Ist das wirklich objektiv? Wir glauben nicht. Die „Karlsruher Zeitung“ wird daraus sehen, daß es für sie für jeder scharf ist, objektiv zu sein und das eigene jungliberale Herz zu verleugnen.

Zu weit gegangen.

Der Verlag der „Karlsruher Ztg.“ hat mit dem Blatte den ihm unbekanntem Abonnenten folgende Bitte unterbreitet:

„Am einen Ueberblick über die Zusammenfassung unseres Abonnentenhandes zu erbalten, bitten wir Sie, die angegebene frankierte Karte mit Ihrer Unterschrift versehen an uns einzuliefern.“

Vorschlagsblatt.

Verlag der Karlsruher Zeitung. Auf der „angelegenen frankierten“ Karte ist durch Unterschrift bemerkt worden: der Unterzeichnete ist auf die Karlsruher Zeitung „abonniert“. Was sind der unmaßgeblichen Meinung, daß sich die Abonnenten nicht darauf einlassen sollen.

Den Artikel: Die „Frankfurter Zeitung“ auf dem Wege der Hege gegen Erzbischof und Ordinariat betr.

Die „Freie Stimme“ hat in Nr. 240 den vorstehenden Artikel des „Bad.“ abgedruckt und ihn als „offenbar offiziös inspiriert“ bezeichnet.

Das Blatt befindet sich damit sehr im Irrtum. Der Artikel ist in gar keiner Weise und von gar niemanden „inspiriert“. Der Verfasser legt Wert darauf, das in aller Form festzustellen.

Der Verfasser, der hinreichend unterrichtet ist über die in Frage kommenden Verhältnisse, ohne sich erst verlässigen zu müssen, hat ihm ausschließlich eigenem Antrieb folgend geschrieben und veröffentlicht.

Er war und ist der Meinung, daß es in hohem Maße auch den Klerns und das katholische Volk angeht, wenn in solcher Weise über Erzbischof und Ordinariat und erzbischofliches Ordinariat geschrieben wird, wie es in der „Frankf. Ztg.“ geschehen ist.

Eben deswegen lag auch dann viel Anlaß vor, die Leistung des genannten Blattes nicht zu ignorieren, wenn etwa die erwähnten nächsten Interessenten für sich selbst wenig oder gar keinen Wert darauf legten, daß Stellung dazu genommen werde. Und dieses letztere konnte geschehen, ohne daß ein Benehmen mit ihnen vorausging. Waren nun Erzbischof, Weibischof und erzbischofliches Ordinariat an der Sache interessiert, dann ginge es nicht wohl an, in eine öffentliche Diskussion darüber einzutreten, ohne sich zuvor Gemüht zu verschaffen, daß es den nächsten Interessenten mindestens nicht unerwünscht ist. Und wäre es dort unerwünscht, so hätte es selbstredend zu unterbleiben.

So viel zu dem „inspiriert“ nach dieser Seite hin. Es gibt aber noch eine andere Seite. Der Gewährsmann der „Frankf. Ztg.“ hat das, was ihm als Grundlage zu seinem Artikel dienen mußte, nicht „aus den Fingern gezogen“. Von wem er „inspiriert“ worden ist, in welcher näherer Weise, zu welchem Zweck und mit welcher Tendenz, läßt sich natürlich nicht feststellen. In Vermutungen darüber sich einzulassen, hat keinen Zweck und kann irreführen. Etwas aber muß gesagt werden: Sehr häufig sind gemeinnützige Blätter der gehäufigsten Art in der Lage, Quellen zu benützen zu können, die unserem eigenen Lager zugehören oder zugehören sollen. Das gehört zu den beklagenswerten Erscheinungen, wenn bei den in Frage kommenden Quellen Absicht und böser Wille zu finden ist. Wenn aber auch keinerlei böser Wille eine Rolle dabei spielt, ist es eine sehr bedenkliche Erscheinung. Wir begnügen uns mit diesem Hinweis.

Von der Auswahl der Arbeiter zur Reise nach Brüssel.

läßt sich das „Billinger Volksblatt“ schreiben: „Mit allerseitsiger Freude wurde die Nachricht, daß eine größere Anzahl badijscher Arbeiter auf Staatskosten die Weltausstellung in Brüssel besuchen dürfen, aufgenommen. Dieses Vorhaben war ja an und für sich ganz lobenswert, nur hätte man erwarten dürfen, daß die Verteilung auf die einzelnen Organisationsgruppen mehr dem Verhältnis angepaßt worden.“

Es mußt aber doch etwas seltsam an, wenn unter den 130 Teilnehmern nur 25 aus den christlichen Arbeiterorganisationen gewöhnt sind. Das Mißverhältnis tritt noch deutlicher zutage, wenn einzelne Orte näher beleuchtet werden. Dem Bezirksverband der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Offenburg gehören z. B. 2500 Mitglieder an, ohne die in den christlichen Gewerkschaften und katholischen Gesellenvereinen organisierten Arbeiter. Von diesem Bezirk waren zwei Mitglieder vorgeschlagen, wovon eines zur Teilnahme an der Arbeiterreise zugelassen wurde. Nun hätte daran gewiß niemand etwas auszusetzen, wenn auch dementsprechend die Teilnehmerzahl der sozialdemokratischen Arbeiter gemessen wäre. So finden wir aber aus den beiden Städten Offenburg und Lahr allein sechs Sozialdemokraten. Es ist wohl mehr als zweifelhaft, ob die Zahl der den sozialdemokratischen Organisationen im Bezirk Offenburg angehörenden Arbeiter an jene der christlichen Arbeiter herankommt. Warum wurden aber die Genossen in so auffälliger Weise bevorzugt? Wir hätten von diesen kritischen Vemerungen keine Notiz genommen, wenn wir nicht auch in Karlsruhe schon ähnliche Klagen gehört hätten. Es ist möglich, daß es bloß so scheint, als sei man einseitig vorgegangen. Und wir möchten uns deshalb vorerst diesen Vorwürfen nicht annehmen. Dagegen schließen wir uns dem dringend geäußerten Wunsch nach äußerlicher Klärung über diesen Punkt an, da bisher über die Geschäftsweise, nach denen die Auswahl erfolgte, nichts verlautete.

Konstanz, 19. Okt. Bekanntlich sprach seiner Zeit das Schöffengericht Konstanz den Redakteur der liberalen „Konstanzer Zeitung“, der den Redakteur des „Völkischen Zentralblattes“ schwer beleidigt hatte, frei mit der sonderbaren Begründung, daß der Redakteur des Völkischen Zentralblattes eigentlich nicht beleidigt ist, indem sich die polemischen Artikel nicht gegen ihn, sondern gegen das Heuberger Volksblatt gerichtet hätten! Der Redakteur des „Heuberger Volksblatt“ legte gegen dieses selbst bei vielen Juristen Kopfweh erregende Urteil Berufung ein. Am gestrigen Dienstage wurde die Sache vor der Strafkammer Konstanz verhandelt. Diefelbe hob, wie nicht anders zu erwarten war, das freisprechende Urteil des Schöffengerichts auf und verurteilte den Redakteur der „Konstanzer Zeitung“ zu einer Geldstrafe von 40 Mark, Tragung sämtlicher Kosten und Urteilspublication im „Heuberger Volksblatt“ und „Konstanzer Zeitung“.

Nationalliberale in Baden und Nationalliberale in Preußen.

Unter dem Titel „Nachklänge zum Kaffeler Parteitag“ wird der „Pfälz.“ (Nr. 1119 vom 18. Oktober) von Kildes geschrieben. In diesen Tagen trat hier der Nationalliberale Parteitag des Landesverbandes für Schleswig-Holstein, Alstedt und Lauenburg zusammen. In der öffentlichen Versammlung sprachen der Reichstagsabgeordnete Führmann über die politische Lage und der Landtagsabgeordnete Dr. Schifferer über die preussische Wahlrechtsreform. Bei den Verhandlungen des Parteitages wurde von vornherein betont, daß der Kaffeler Parteitag das deutsche Volk auch nicht im Ungeheuren darüber gelassen habe, welchen Standpunkt die nationalliberale Partei den anderen Parteien gegenüber im nächsten einnehmen gedenke. Man habe bewiesen, daß es in der letzten Zeit so oft betonte Einseitigkeit der Parteipolitik abgelehnt wurde. Politische Minderheiten bieten der Parteipolitik v. Kaffeler, in denen sie namentlich den Standpunkt der Nationalliberalen den anderen Parteien gegenüber betont und das Verhalten der fortschrittlichen Nationalpartei in Schleswig-Holstein kritisierten, da diese im Baden Sozialdemokraten sympathisierte, weil sie bei den Wahlen wählen auf deren Hilfe angewiesen sei. Demgegenüber werde die nationalliberale Partei die Parole ausgeben, daß keiner ihrer Mitglieder einen Stimmzettel für einen Sozialdemokraten abgebe.

So im preussischen Norden. Und in Baden? Hier das direkte Gegenteil! Trotzdem will aber Landtagsdirektor Ostfries die Leute glauben machen, die Nationalliberalen in Schleswig, die energisch „Nein!“ sagen und die Nationalliberalen in Baden, die gleich energisch „Ja!“ sagen, seien ganz einig. Es sei, will er weiter glauben machen, nur eine Frage der „Taktik“, die keinen eigentlichen Unterschied bedinge, ob man mit der Sozialdemokratie zusammen wahlen und auch Politik mache, oder das Gegenteil tue. Der Politiker Ostfries meint eben vom gleichfalls nationalliberalen Politiker Gieseler getrennt zu haben, dem Kriegsminister v. Moon in der Rede des Reichstages das Zeugnis ausgestellt hat, er könne „alles beweisen“.

Ein politischer Preß-Prozess.

In Bretten, 20. Okt. Wie wir bereits meldeten, wurde am Samstag Redakteur Esser vom „Südd. Volksblatt“, dem bekannten hiesigen bauerntüchtlichen Organ, wegen Beleidigung des Vorstehers des hiesigen nationalliberalen Vereins und einiger anderer Vereinsvorstände freigesprochen. Den Grund zu der Beleidigungssache, an welcher neben Herrn Dr. Gerber noch verschiedene Vereinsvorstände, ferner Bürgermeister Schemenau und ein hiesiger Sozialdemokrat (!) als Kläger beteiligt waren, gab nachstehender Artikel aus der Feder des Landtagsabgeordneten Reichs- anwalt Schmidt-Bretten, der am 6. Januar im „Südd. Volksblatt“ erschien: „Gestern hatten sich die hiesigen Vereinsvorstände zwecks Beipredung über die Kaisergeburtstagsfeier versammelt. Es wurde dabei Klage geführt, daß die Beteiligung an derartigen Feiern eine schmachvolle sei. Darüber braucht man sich aber doch angeht, daß die bestehenden Verhältnisse gar nicht zu wundern. Die „Macher“ bei solchen Feiernlichkeiten gehören in der Regel zur nationalliberalen Partei. Diese Partei steht in einem immer enger werdenden Verhältnis zur vaterlandseindlichen Sozialdemokratie. Infolgedessen müssen vaterländische Reden nationalliberaler Redner als Schandstück aufgefaßt werden. Denn es kann niemand zugemutet werden, einem Redner, dessen Partei vaterlandseindliche Bestrebungen unterstützt, zu glauben, wenn seine Worte das Gegenteil seiner Taten ausprägen. Derartige nationalliberale Feiernlichkeiten werden daher nur solche gerne hören, die auch zu diesen Feiern gehören. Es ist daher geradezu lächerlich, daß man noch daran denkt, auch an Großherzogsgeburtstag ein Bankett zu halten. Man wird dem Großherzog einen viel größeren Gefallen erweisen, wenn man dafür sorgen möchte, daß bei Eröffnung des Landtags nicht ein Drittel der Abgeordneten aus Grundrücken fehlt, die dem Großherzog nicht nur feindlich, sondern derart feindlich sind, daß der Großherzog bejätigt werden soll.“

Bei der Verhandlung waren die Kläger durch Rechtsanwalt Fetzner-Förzheim, Redakteur Esser durch die Rechtsanwältin Schmidt (Bretten) und Schmidt (Heidelberg) vertreten. Gegen das freisprechende Urteil soll, wie verlautet, Berufung eingelegt werden. Wie man gegen einen solchen Artikel klagen kann, und wie gar ein Sozialdemokrat sich dieser Klage anschließen kann, versteht man nur dann, wenn man bedenkt, daß in Bretten die politischen Gemüter über das normale Maß hinaus erregt sind.

Kleine badische Chronik.

Forzheim, 20. Okt. In Döschelbrunn brannte das Gasthaus zum „Wald“ nieder. Der Schaden beträgt etwa 30000 M. Von den Jährlichen konnte nur wenig gerettet werden.

Hörsen, 20. Okt. Der neu erbaute Turm auf der Hornsgründe wird Sonntag, den 30. Oktober, feierlich eingeweiht werden. Der nunmehr vollendete Turm, das größte Werk, das der Schwarzwaldbereich bis heute erstellt, wurde nach den Plänen des Herrn Prof. Walder in Karlsruhe erbaut. Die Baukosten waren auf 40000 M. veranschlagt. Die Summe soll aber erheblich überschritten werden. Der imposante vierstöckige Turm, der eine Höhe von 25 Meter hat, ist unregelmäßig im ganzen Schwarzwald und gewährt eine unvergleichliche Aussicht auf die Umgebung.

Freiburg, 20. Okt. Im Prozeß gegen die 23 Jahre alte Lehrerin Luise Mutter aus Mügg, wohnhaft in Wambach, hat das Schwurgericht befohlen, die des Todschlags Angeklagte zwecks Beobachtung ihres Gesundheitszustandes an die Psychiatrische Klinik zu überweisen. Die Mutter hat am 17. August ihren eigenen Vater, den früheren Bohmwärter Friedolin Mutter, durch Messerschläge getötet. In der Familie herrschte stets Unruhe infolge Verlobung des Mannes.

Neuenburg a. Rh., 20. Okt. (Ersunken.) Ein auf dem nahen Verbindungskanal bei Neuenburg in einem Kaden fahrender 1-jähriger Knabe starb infolge Reizers des Bootes im Wasser und ertrank.

Aus den Nachbarländern.

Basel, 20. Okt. Die Oberbernschiffahrt bis Basel hat für dieses Jahr ihr Ende gefunden.

Lokales.

Karlsruhe, 19. Oktober 1910.

Gartenstadt Karlsruhe. Die Gartenstadtneubauung im alten südlichen Krankenhaus am Riedelplatz erreicht sich eines regen Fortschritts. Am Montag fanden sich nachmittags 3 Herren die Karlsruher Stadtratsmitglieder unter Führung der Herren Bürgermeister Stegriß, Hortmann und Kleinschmidt ein. Sie wurden von Herrn Dr. Kampmeier als Vertreter der Genossenschaft Gartenstadt Karlsruhe empfangen und durch die Anstellung geleitet. Für die nächste Zeit haben bereits eine ganze Reihe von Vereinen ihren Besuch angekündigt. Der Eintrittspreis ermäßigt sich für größere Gruppen auf die Hälfte (10 Pf.). — Heute abend 8 1/2 Uhr findet bereits angekindigte Vortrag von Arbeiterleiter Frink über „Arbeiterkassen und Gartenstadt“ statt. Wir machen unsere Leser nochmals auf diese Veranstaltung aufmerksam.

Ein Verzeß. Man schreibt uns: Am Ende der Parkstraße hier haben sich die „Germanen“, eine feindselige Verbindung der polytechnischen Hochschule, ein eigenes Haus gebaut, das „Germanenhäuschen“. Auf der Fassade der Terrasse, gegen die Straße heraus, stehen seit einigen Tagen drei allegorische Figuren in Lebensgröße, welche die „Ehre“, die „Freiheit“ und das „Vaterland“ symbolisieren sollen. Die Ehre wird dargestellt durch einen Jüngling mit einem Stöckchen in der Hand, das Vaterland durch einen Krieger, der auf einen Schild sich stützt und die Freiheit durch ein Weib in lechter Haltung. Alle drei Figuren sind pittoresk. — Heute abend 8 1/2 Uhr findet heute feierlicher Aktion über eine Weisungserklärung, die zu einem derartigen Mißbrauch der Kunst sich verhält hat. Wir wollen nur auf den bedenklichen Grund hinweisen, welchen der in hohen Grade anstößige Anblick auf die Vorübergehenden machen muß. Der Standort solcher Bildwerke ist unangebracht. In Wohnungen, Gärten oder Parks angebracht, würden sie weit weniger herausfordernd und verlegend. Jene Straße aber bildet den täglich, das besonders aber an den Sonntagen außerordentlich zahlreich benötigten Zugang zu einem Lieblingsweg der Einwohner, dem Klosterweg. Unter den Passanten sieht man in der Mehrzahl Frauen, Säuglinge und Kinder. Sie können nun alle die an dem Hause vorbeigehen, ohne zu erwägen, ohne Verlegung ihres Schamgefühls oder ohne Verletzung ihrer Keuschheit und Anstandes sich vor den ausgesetzten, die ihnen noch vorhanden ist? Eine Stellungnahme gegen diesen schändlichen Standort sollte sich doch von selbst ergeben. Tacitus läßt über die alten „Germanen“ als natürliche Gebräute von hohem Muth, voll Kraft und tüchtigem Muthesmut. Er erzählt auch von der gewaltigen Trinkschärfe, dem tiefen Biertrunk, den langen Zechelagen und von der Rauheit dieser Germanen. Allein neben den Schattenseiten erheben sich auch die uns bekannten Stürmungen als lieblicher Punkt in der Sittengeschichte unserer Vorfahren das feindselige Verhältnis der beiden Geschlechter zu einander. Im Weibe erblickten jene Germanen etwas heiliges, schreiet Tacitus, und eine Jungfrau, die ihre Ehre preisgibt, gehörte zu den größten Schandthaten, die vor der Welt lag. Wir glauben deshalb, daß das ganze germanische Frauengefühls, wenn es heute die zur ungeliebten, verderblichen Mode gewordenen obigen Schaulust eines Körpers setzen mag, mit emstlicher Entschlossenheit dagegen sich verhalten würde. Können die Herren „Germanen“ in der Parkstraße für die Allegorisation der „Freiheit“ ein besseres und passenderes Symbol finden, als diese künstliche unheimliche nackte Frauengestalt? — Der Einleger trägt seiner Kritik noch hinzu: „Die Red. — Der Einleger dürfte vielleicht gegen die Aufnahme dieses „Vaterland“ als Bildwerk sehr vieler Bedauer zum Ausdruck bringen, Bedenken tragen; denn von gewissen Seiten wird es wieder heißen: „Sehet, wie nur die „Schwarzen“ an den Figuren verzerrt nehmen!“ Dieses Gerücht sollte aber nicht durch abzuweisen, den öffentlichen Umpfang öffentlich zu rügen,“ wozu die Redaktion nur zu bemerken hat, daß sie sich um das jedesmal ausbrechende pharisiatische Geschrei nicht kümmert. Wir wissen auch sehr gut, daß es nicht bloß die Schwarzen sind, welche den Exzessionsismus des Tages, wie er sich nennend öffentlich breit macht, nicht lieben und ihn sehr bedenklich halten.

Vermischte Nachrichten.

Hamburg, 20. Okt. Auf dem heute von Talsal heimgekehrten, der Abderer Sach gehörigen Segelschiff „Perlimmon“, sind während der Reise drei Mann der Besatzung tödlich verunglückt. Zur Feststellung der Ursache wird in den nächsten Tagen eine Verhandlung vor dem Seemannsamt stattfinden.

Paris, 20. Okt. Nach den Ergebnissen der gerichtlichen Untersuchung dürfte der Mann, dessen Leiche auf dem Gleis der Paris-Von-Mittelmeerbahn bei Corbeille gefunden wurde, Selbstmord verübt haben. Die bei ihm gefundene Metallbüchse, die weißliches Pulver und Giftentzündung enthielt, wurde dem chemischen Laboratorium übergeben.

Rom, 20. Okt. In der Provinz Ravenna kam es zu neuen Unruhen, die sich gegen die Agrarier richteten. 800 sozialistische Arbeiter drangen in die Anwesen von Grundbesitzern in Santa Sabina ein. Es wurden Revolverschiffe geworfen. Mehrere Personen sind verletzt worden. Eine Anzahl von Verhaftungen wurden von der Gendarmerie vorgenommen. In derselben Zeit zerstreuten die Truppen mehrere hundert Arbeiter, welche gemeinsamen Besitz von Gemeindegeländen nehmen wollten. Die Lage ist eine sehr ernste.

London, 20. Okt. Die Bank von England hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht. **Brooklyn, 20. Okt.** In einer hiesigen Fabrik ereignete sich eine Kesselexplosion. Unter den dort beschäftigten 3000 Arbeitern entstand eine große Panik. 6 Feuerwehreinheiten wurden getötet, 12 Personen erlitten schwere Verletzungen.

Zum Bremer Straßenbahntreifer.

Bremen, 20. Okt. Mit Rücksicht auf die vorgelegten Vorläufe war gestern abend der Schaulauf der Aufschreitungen in der westlichen Vorstadt durch die Polizei in einen regelrechten Belagerungszustand versetzt worden. Es fanden wieder in den betreffenden Straßen große Menschenansammlungen statt, die aber durch ständige Polizeipatrouillen in Bewegung gehalten wurden. Ohne von der Polizei Gebrauch zu machen, gelang es der Polizei, die Massen zu zerstreuen. Gegen 10 Uhr wurden von den Demonstranten verschiedene Laternen eingeschleudert. Als aber wieder Steine gegen die Laternen geschleudert und mehrere zertrümmert wurden, unternahm ein großes Polizeigebot einen Vorstoß. Die Beamten wurden mit Steinen, Bierflaschen usw. beworfen. Ein Polizeiwachtmeister wurde von einem Stein durch den Kopf getroffen und schwer verletzt. Die Menge war schließlich in die Nebenstraßen und ins Freie gedrängt. Gegen 11 Uhr war alles ruhig. Die Schaulaufbesucher wurde teilweise zurückgezogen. Einige Demonstranten wurden verhaftet.

Bremen, 20. Okt. In einer heute morgen stattgefundenen Straßenbahnversammlung wurde einstimmig beschlossen, jede weitere Verhandlung mit der Aufsichtsbehörde abzulehnen. Die Einigungsverhandlungen sind damit endgültig gescheitert.

Mutiges Familien drama.

Seifenstadt, 20. Okt. Hier ereignete sich gestern abend ein blutiges Familiendrama. Der Landwirt Jakob Guntel geriet mit seinem 30 Jahre alten Sohne in Streit, in dessen Verlauf der Vater auf den Sohn einschlug und ihm mit einer Holzgabel den Kopf spaltete, jedoch dieser augenblicklich leblos zusammenbrach. Der Tote hinterließ eine junge Frau. Vater und Sohn sollen in letzter Zeit in steter Zwietracht gelebt haben.

Zufallschiffahrt.

St. Louis, 20. Okt. Der am Gordon-Bennett-Flug beteiligte deutsche Ballon „Saarburg“ ist am Dienstag 11 Uhr nachts an einer Höhe von 19000 Fuß mit furchtbarer Geschwindigkeit in den Mississippi-See gefallen. A. H. Mann hat den linken Arm gebrochen und eine Zerkleinerung der Arterien am rechten Handgelenk erlitten. Boat und er schwammen ans Land und verbrachten die Nacht im Wald. Sie wurden am anderen Morgen durch Indianer nach dem Hospital in Pontchartrone geleitet. Boat erholte sich, nachdem der Zustand des letzteren gestützt war, die Entdeckung gemacht, daß sie zu wenig Ballast hatten. Sie hätten darauf die Besätze gezogen und der Ballon sei mit großer Geschwindigkeit gesunken, zum Glück ins Wasser.

Waldmanns Rettung.

New-York, 20. Okt. Im Laufe des gestrigen Nachmittags lief die „Trent“ mit Waldmann und 5 Gefährten im Hafen von New-York ein. Nach der Landung wurden die beweglichen Aufschiffe der rüstigen Besatzungsmannschaft unter begeisterten Jubel empfangen. Ueber die Fahrt äußerte sich Waldmann, daß er bis Sonntag abend die besten Hoffnungen auf ein glückliches Gelingen seines Unternehmens gemacht habe, dann aber er sich ein Sturz, dem die Motore des Luftschiffes nicht gewachsen waren. Die Schwierigkeit der Rettung wurde durch den hohen Seegang erhöht. Von dem Rettungsboot der „America“ aus konnten die Insassen erst nach mehreren Versuchen die ihnen ausgenorfenen Raue der „Trent“ ergreifen. Dabei wurde Waldmann an der Hand verletzt. Ohne das Rettungsboot, so verheerliche Waldmann, wären wir höchstwahrscheinlich verloren gewesen.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Berlin, 20. Okt. Die Justizkommission des Reichstages hat den § 172 Ziffer 1 der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, der bei Verleibungsprozessen eine Einschränkung der Öffentlichkeit in weiterem Umfang zum Schutze des Privatlebens dritter Personen vorzieht, in 2. Lesung mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Wien, 20. Okt. Bei der gestrigen Galatafel zu Ehren des Königs von Sachsen wurden herrliche Trinksprüche gewechselt. Der Großherzog gab seiner Freude über den Besuch des Königs Ausdruck und hob hervor, daß schon die Vorgänger des Königs seinem Hause eine freundschaftliche Gesinnung entgegengebracht. Der König dankte für den Empfang und betonte die engen Beziehungen, die seit langer Zeit zwischen seinem und dem Großherzoglichen Hause aus inniger Freundschaft bestehen. Er hoffe, daß auch in Zukunft die Freundschaft beider Häuser erhalten bleibt. Wüßten doch gerade in der gegenwärtigen Zeit die deutschen Bundesfürsten treu zusammenstehen. Nach der Frühstückstafel begleitete der Großherzog den König von Sachsen zum Bahnhof, von wo der König um drei Uhr die Rückreise nach Dresden antret.

Wien, 20. Okt. Der Marineausfluß der ungarischen Delegation hat das Marinebudget angenommen und der Marineleitung auftrichtigen Dank für die außerordentliche Wirksamkeit im Interesse der Entwicklung der Kriegsmarine ausgesprochen.

Wien, 20. Okt. Der hier reichsdeutsch-ungarische Volschaffer in Paris, Graf v. Hedenhüller-Matsch, ist heute hier gestorben.

Paris, 20. Okt. Bei zahlreichen Anarchisten haben Demonstrationen stattgefunden, die zu neuen Verhaftungen Anlaß geben dürften.

London, 20. Oktober. Der Gesundheitszustand des Prinzen Franz von Ted, des Bruders des Königs von England, hat sich seit gestern Abend weiter verschlechtert. Die Ärzte haben keinerlei Hoffnung mehr, den Prinzen am Leben zu erhalten. Der König und die Königin haben sich gestern Morgen sowohl wie nachmittags nach dem Schloß an das Krankenbett des Prinzen begeben.

London, 20. Oktober. Der König hat heute den deutschen Botschafter Graf Wolff-Metternich in Audienz empfangen.

Teheran, 20. Okt. Das Kabinett hat lange über die Antwort auf die englische Note verhandelt. Es wird erklärt, die Schwierigkeiten der persischen Regierung, die Ordnung aufrecht zu erhalten, seien rein pekuniärer Art. Wenn die jetzigen Verhandlungen in London über den Abschluß der Uleihe erfolgreich seien, so werde die persische Regierung Schritte tun können, die die in der britischen Note enthaltenen Maßnahmen unnötig machten. Die Fortschritte der Verhandlungen über die Uleihe seien abhängig von der Haltung Englands und Australiens.

Teheran, 20. Okt. Die persische Regierung wird wahrscheinlich morgen oder am Samstag auf die Note der britischen Regierung antworten und in der Antwort, wie es heißt, die Unordnung im Lande hauptsächlich auf die Anwesenheit der fremden Truppen und die bisher resultatlosen Bemühungen, ein neues Darlehen zu erhalten, zurückzuführen. In der Note wird sodann auf die Verhandlungen Bezug genommen, die jetzt zwischen der persischen Regierung und einem Londoner Haus schweben, und erklärt, daß man beabsichtige, einen größeren Teil der durch diese Transaktion erlangten Gelder auf die Wiederherstellung der Ordnung zu verwenden. Der wichtigste Punkt der Antwort werde das Ansinnen an die britische Regierung sein, daß sie einer Erhöhung der Zölle um 10 Prozent zustimme. Die persische Regierung übernehme alsdann die Verpflichtung, den Ueberfluß zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung zu verwenden.

Monarchen-Begegnung in Potsdam.

Berlin, 20. Nov. Nach der „Tägl. Rundschau“ kommt der Zar am 4. November in Potsdam an und reist am folgenden Tage wieder zurück.

Ein Maueranschlag der belgischen Sozialisten.

Brüssel, 20. Okt. Heute mittag 1 Uhr haben die belgischen Sozialisten im Innern Brüssels riesige Plakate an die Säulen angeschlagen, in denen für Montag abend um ein Protestmeeting gegen den Besuch Kaiser Wilhelms aufgefodert wird, daß belgische Volk hier, so heißt es in dem Plakat, nur dem deutschen Volke seine Sympathie bezeugen aber nicht den absolutistischen Interessen. Das Meeting soll gleichzeitig ein Protest gegen die zahlreichen Verurteilungen wegen Majestätsbeleidigung sein.

Die Rekrutierung bei den Buren.

London, 20. Okt. Aus Johannesburg wird gemeldet, daß die Regierung der südafrikanischen Union die Einstellung der Rekrutierung von Freiwilligen zum Militärdienst angeordnet habe. Die Ergebnisse dieser Rekrutierung scheinen recht dürftig gewesen zu sein. Es wird behauptet, die Buren wüßten sich, Dienst zu tun, weil die Kommandos nur in englischer Sprache und nicht auch in ihrer Sprache gegeben wurden.

Zur Revolution in Portugal.

Lissabon, 20. Okt. Der Minister ist ins Ausland abgereist. Der Minister des Innern ist nach Lissabon zurückgekehrt. Bei seiner Abfahrt von Coimbra brachte ihm die Bevölkerung lebhaftes Jubelgeschrei dar. Der Führer der Regeneratoren Teixeira de Souza erklärte, er betrachte die Partei als aufgelöst. Er selbst gedenke sich einzuweilen aus dem politischen Leben zurück und rate seinen Anhängern sich offen der neuen Regierung anzuschließen.

Der serbische Thronfolger.

Belgrad, 20. Okt. Der Zustand des serbischen Thronfolgers läßt wenig Hoffnung. In Konak herrscht große Bestürzung. König Peter und Prinz Georg weilen ununterbrochen am Krankenbett. Der König nahm schon zwei Tage keine Nahrung zu sich und ludte kein Wort auf. Zur Thronfolgersfrage verlautet aus möglichen politischen Kreisen, daß bei einem tödlichen Ausgange der Krankheit Prinz Georgs Thronfolgerrecht unanfechtbar ist, weil er nur zu Gunsten seines Bruders Alexander verzichtet hat.

Belgrad, 20. Okt. Der Kronprinz hat die Nacht im serbischen Schloß in der Stadt verbracht. Das Besuchen war des öftern Art. Die Temperatur betrug morgens 89,4 Grad. In der unteren Hälfte des rechtseitigen Brustkorbes zeigt sich eine leichte Reizung des Lungenfells. Der Kräftezustand ist mit Rücksicht auf die Krankheit dauernd befriedigend.

Karlsruher Landesbuch-Ausgabe.

Gedruckte Ausgabe: 19. Okt. Inl. Frisch von hier. Architekt hier, mit Emilie Speck von hier. — Verthold Fritterer von Muggenstern, Nag-Arbeiter hier, mit Anna Seich von Kiedolsheim. — Karl Ludwig von Kain, Kaufmann in Köln, mit Irmgard Fort von hier. — Friedr. Scholz von Kaffatt, Verf.-Beamteter hier, mit Sofie Lehmann von hier. — Friedr. Meyer von Heilbronn, Wirtstester in Neulingen, mit Frieda Hildebrand von Würzburg. — Christian Köhler von hier, Verf.-Beamteter hier, mit Elia Schallmüller von hier. — Jakob Löwenstein von Weingarten, Kaufmann in Weingarten, mit Helene Bar von Untergröndach. — Pius Traumann von Annweiler, Tagelöhner hier, mit Marie Helmstädter geb. Heiger von Mosbach. — Karl Sommer von Möhrbach, Metzger hier, mit Ida Bedtler von Stettfeld. — Heinar Herlan von Welschnieurt, Schlosser hier, mit Berta Moser Witwe von hier. — Alois Rang von Eßental, Postbote hier, mit Theresia Drefel von Wählertal.

Geschickliche n. 20. Okt. Adolf Thaler von hier, Eisenreiter hier, mit Anna Fehlbauer von Destrigen. — Heinrich Dugi von Neuthern, Hausdiener in Neuthern, mit Natalia Schweiger von Neuthern.

Geburten: 8. Okt. Walter Johannes, Vater Gottlob Finkbeiner, Schneidemeister. — 10. Okt. Elsa, Vater Oskar Giffa, Schloffer. — Anna Frieda, Vater Karl Ludwig Bala, Fabrikarbeiter. — Heinrich Richard, Vater Heinz Dörflinger, Politiker. — 11. Okt. Berta Elisabeth, Vater Ant. August Lorenz, Bademeister und Waffener. — Sofie Käte, Vater Herrn. König, Diener. — 12. Okt. Ruth, Vater Hugo Wertle, Kaufmann. — Stefanie, Vater Samuel Horowitz, Kaufmann. — Erwin Ludwig, Vater August Jeller, Bierbrauer. — 13. Okt. Margarete Berta Wabette, Vater Heinrich Wagn, Buchdrucker. — 14. Okt. Friedrich Wilhelm, Vater Rudw, Martin, Geizer.

Todesfälle: 18. Okt. Erwin, alt 1 Jahr 9 Monate 4 Tage, Vater Ludwig Uffler, Schlosser. — 19. Okt. Max Arthur, alt 6 Monate 14 Tage, Vater Wilh. Werner, Maschinenist. — Rosa Karoline Schöpfli, alt 25 Jahre, Ehefrau des Herrn. Altmann Ernst Schöpfli. — 20. Okt. Emma Kappes, alt 65 Jahre, Ehefrau des Großh. Oederungskrupps Jul. Kappes.

Briefkasten der Redaktion.

A. in S. 1. Allerbilligst ist kein geleglicher Feiertag, es darf also auch im Steinbruch gearbeitet werden. In einer ganz katholischen Gegend sollte dies freilich nicht geschehen. — 2. Waldshut ist Sitz eines Landgerichts und Schwurgerichtes.

Tages-Kalender.

Freitag, den 21. Oktober 1910:
Windhorstbund. Halb 9 Uhr Bundesabend mit Vortrag. Rath. Jugendverein der Pfstadt. 8 Uhr Turnstunde in der Karl-Wilhelmshalle.
Rath. Gesellenverein. 9 Uhr Gelangsprobe.
Rath. Männerverein St. Stefan. Halb 9 Uhr Familienabend mit Vortrag.
Kolossium. 8 Uhr Vorstellung.
Reichentheater. Vorstellung.



Das beste Küchenhilfsmittel

ist und bleibt

MAGGI'S Würze



Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Würze und achte auf die Schutzmarke.

Sowohl in Feinheit des Geschmacks, als auch in Ausgiebigkeit und Billigkeit steht sie unerreicht da. Vortrefflichster Bezug in großen plombierten Flaschen.

„MAGGI'S gute, sparsame Küche“

Katholischer Männerverein der Stadt.

Sonntag, den 23. Oktober 1910, feiert der Verein sein

XII. Stiftungsfest.

Aus diesem Anlaß finden statt:

1. Vorm. 10 Uhr: Festgottesdienst mit Festpredigt in der Bernhardskirche. Sammlung am Hauptportal bei der Fahne bis längstens 9.25 Uhr. Anzug dunkel.
2. Vorm. 11 1/4 Uhr: Frühstücken in der alten Brauerei Höpfer, Kaiserstraße.
3. Abends 8 Uhr: Festbankett mit daran anschließendem Tanz in den Räumen der Eintracht, Karl-Friedrichstr. Festredner Herr Repetitor Dr. Kiefer-Freiburg. Einführungsbrecht gestattet.

Mittwoch, den 26. Oktober 1910, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal zum Saalbau, Ecke Gottesauer- und Lachnerstraße

Vereinsversammlung

mit Vortrag des Herrn Universitätsprofessors Dr. Göller aus Freiburg über

„Die kirchenpolitischen Ereignisse und die Entwicklung des päpstl. Finanzwesens zu Anfang des XIV. Jahrhunderts.“

Zu diesem hochinteressanten Vortrage laden wir unsere Mitglieder mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen ergebenst ein. Einführung von Gefinnungsfreunden gestattet und erwünscht. Im übrigen verweisen wir auf das unseren Mitgliedern zugehende Rundschreiben.

Der Vorstand.

Kathol. Arbeiterverein Karlsruhe G. V.

Kommenden Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags halb 4 Uhr, findet im Palmengarten, Herrenstraße

Allgemeine Versammlung

statt, bei der Herr Chefredakteur Meyer über die Fleischsteuerung und Arbeiterschaft sprechen wird.

Wir laden dazu ein und erwarten pünktlichen und zahlreichen Besuch.

N.B. Es findet diesen Winter ein unentgeltlicher Stenographiekurs für unsere Mitglieder durch einen staatlich geprüften Lehrer statt. Anmeldungen und Näheres in obiger Versammlung.

Katholischer Jugendverein der Mittelstadt.

Am Sonntag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, veranstalten wir im katholischen Gesellenhaus, Seifenstraße 58, einen

musikalischen Familienabend.

Die Angehörigen unserer Mitglieder, die Ehrenmitglieder und Freunde und Gönner unseres Vereins sind freundlichst eingeladen. Von unseren Mitgliedern erwarten wir vollständiges Erscheinen.

Eintritt für Nichtmitglieder: 20 Pfg.

Der Präses.

Freiburger Geld-Lose zu Gunsten des Preisgau-Vereins für

Ziehung am 9. November 1910. Lospreis 1 Mk. Porto und Liste 30 Pfg. Die Geschäftsstelle des Badischen Beobachters, Adlerstraße 42.

Tarif

für die Beförderung von Reisegepäck vom Bahnhof nach der Stadt u. umgekehrt durch die amtliche Gepäckbeförderer.

Für Verbringung von Gepäck aus den Wohnungen oder Gehöfen in der Stadt in die Bahnhofsräumlichkeiten oder an die Bahnhöfe und umgekehrt, haben die Gepäckträger vom Publikum zu fordern:

- a) für größeres Gepäck (im Gewicht über 25 kg) für ein Stück 30 Pfg. für mehrere Stücke für jedes Stück 20 Pfg.
- b) für kleineres Gepäck (im Gewicht bis einschließl. 25 kg) für jedes Stück 10 Pfg. Mindest-Gebühr 20 Pfg.

Für Abholen und Auslieferungen von Expressgepäckern, Beförderung innerhalb der Stadt werden berechnet: bis 50 kg Mk. 0.20 — bis 100 kg Mk. 0.30; jede weitere 50 kg Mk. 0.15 mehr.

für die Zeit von 11 Uhr abends bis 6 Uhr morgens wird zu den bezeichneten Gebühren ein Zuschlag von 50% erhoben.

Anmeldungen werden in der Expressannahmestelle Analtienstraße Nr. 14 b, in der Expressguthalle am Hauptbahnhof, oder durch unfrankiertes Einlegen roter Anmeldebarten in jeden beliebigen Briefkasten, angenommen.

Anmeldebarten sind unentgeltlich zu haben bei obengenannten Stellen und in den meisten hiesigen Geschäften.

Werner & Gärtner

Amtl. Gepäck- und Expressgut-Beförderer der Gr. Bad. Staatsbahnen. Telefon 447.

Karlsruher Fußball-Verein (e. V.)

Unter dem Protektorate S. G. S. des Prinzen Maximilian v. Baden.

Sportplatz u. Klubhaus verlängerte Moltkestraße, Straßenbahnlinie: Grenadierkaserne. Telefon 2315.

Sonntag, den 23. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr, Liga-Wettspiel

der bis jetzt im Südkreis unbesiegten Mannschaften

Stuttgarter Kickers I und A. S. V. L.

Nach dem Spiel Zusammenkunft im Klubhaus. Bekanntgabe der Ligaresultate.

II. und III. Mannschaft auf dem Phönixplatz.

Sie suchen

gewiß einen guten

Schuhmachermeister

der stets Ihre Arbeit sofort oder schnellstens bedient mit sauberer Ausführung und bester

Eichenlohe-Sohllede-Verarbeitung?

So gehen Sie bitte doch zum billigsten und besten

Schuh-Bruder

jetzt Analtienstraße 27

Schmoller's 95 Woche

in besonders grossem Stil arrangiert, beginnt

Samstag den 22. Oktober

Seit Wochen werden für diesen Verkauf die sorgfältigsten Vorbereitungen getroffen. An Wiederverkäufer werden 95 Pfg.-Artikel nicht abgegeben. Die Abgabe der Qualitäten behalten wir uns vor, damit alle Kunden die gebotenen Vorteile benützen können.

Herm. Schmoller & Cie.

J. Dorer, Karlsruhe, Erbsprinzenstr. 19. Telef. 2848. Spezial-Gesohlt für relig. Artikel und Kunstgegenstände. Buchbinderei u. Schreibwarenhandel. Rabattmarken.

Anerkennungen von Empfehlungen

aus der Zuschneideschule von Hof, Adlerstr. 33. Unterzeichnete bestätigt hiermit, daß ich bei Hrn. Weber in 2 Monaten das Zuschneiden, Mahnehmen, Anprobieren und das Kleidermachen gründlich erlernt habe, wofür ich Fräulein Weber den größten Dank verpflichtet bin. Ich kann die Zuschneideschule aufs Beste empfehlen. Theresia Bauer. Ueber die Begehrtheit von einem zwei und drei Monaten liegen noch mehrere Atteste in der Schule zur Einsicht an. Jeden Monat am 1. und 16. beginnt ein neuer Kursus.

Wieder ein Wagon feinsten Sorten Tafeläpfel eingetroffen und wird auf dem Lager von 8.— Mk. an per Ztr. abgegeben bei Heinrich Sock, Adlerstraße 26. Telefon 2452.

Windthorstbund Karlsruhe.

Freitag, den 21. ds. Mts., pünktlich halb 9 Uhr abends,

Bundesabend mit Vortrag.

Wir bitten um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Der Vorstand.

Kathol. Dienstoffeneverein Karlsruhe.

Nächsten Sonntag, den 23. Oktober, von 3 Uhr ab Besuch der badischen Volkskunstausstellung im Kunstgewerbemuseum (Westendstraße) zu ermäßigtem Preise von 20 Pfg.

Der Vorstand.

Reform-Leibchen

Büstenhalter, Binden u. sonstige Damen-Artikel preiswert — gut sitzend — la. Qual.

Reformhaus zur Gesundheit, L. Neubert Karlsruhe, Kaiserstrasse 122.



Stadtgarten.

Heute Freitag, 21. Oktober 1910, nachmittags halb 4 Uhr:

Militär-Konzert

gegeben von der Kapelle des Feld-Artillerie-Regiments „Großherzog“ (I. Badisches) Nr. 14 unter Leitung des Herrn Königl. Oboen- und Fagottmeisters Liese.

Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten

Eintritt: und von Kartenbesitzer . . . 30 Pfg.

Sonstige Personen . . . 60 Pfg.

Soldaten und Kinder je die Hälfte.

Die Musikabonnementskarten haben Gültigkeit.

Musikprogramm 10 Pfg.

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Sanften, langanhaltenden Schnitt

garantiert meine Spezial-Marke Hummel-Rasiermesser. In allen Breiten vorrätig! Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältigst fachgemäss geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts.

Karl Hummel, Werderstrasse 13.



Ausstellung Bad. Volkskunst

veranstaltet vom Bad. Kunstgewerbeverein im Kunstgewerbemuseum, Westendstr. 81: Juli bis 31. Okt. Tägl. geöffnet von 9-5 Uhr, Sonntags 11-5 Uhr Eintrittspreis 50 Pfg. — 10 Karten 3 Mk.

Spezialarzt für Haut- u. Harnkrankheiten

Kreuzstrasse 8 (Ecke Kaiserstrasse) niedergelassen.

Dr. med. L. Liebmann.

Sprechstunden: 10-1, 3-5, 7-8 Uhr.

Wohnung zu vermieten.

In einem größeren Orte Badens — zwischen Karlsruhe und Wattal — ist eine sehr schöne 4 Zimmerwohnung mit Küche und allem Zubehör sofort oder später zu vermieten. Angebote unter Nr. 742 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Socken, Damen- und Kinder-Strümpfe

in äusserst haltbaren Qualitäten bei Julius Löwe 25 Werderplatz 25.

ADOLF SEXAUER,

Karlsruhe. HOFLIEFERANT. Friedrichsplatz 2.

Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Reisedecken, Divandeecken, Tischdecken, Felle, Kirchenteppiche, Bettvorlagen, Fenstermäntel, Leinengarnituren. Grosse Auswahl. Rabattmarken. Billige Preise.